



Dr. FELIX CHRISTIAN MATTHES, geb. 1962, ist Koordinator des Bereichs Energie und Klimaschutz am Öko-Institut in Berlin.



Intergovernmental Panel on Climate Change:
Climate Change 2007. The Physical Science Basis, Impacts, Adaptation and Vulnerability, Mitigation of Climate Change.
Cambridge University Press
2007 f., 1009 Seiten,
85,00 \$

Was wir vom Wandel wissen

Neue Bücher zu Energie und Klimaschutz

Felix Christian Matthes | **Die Diskussion über Klimapolitik hat 2007 eine neue Qualität erreicht. Dazu hat neben der Arbeit von Nicholas Stern zur Ökonomie des Klimawandels insbesondere der scheinweise erschienene vierte Sachstandsbericht des IPCC beigetragen. Nun liegt der Report komplett vor, ebenso wie vier weitere Neuerscheinungen zum Thema.**

Klimapolitik ist – endlich – von einem Feld der Fachpolitiker zum Gegenstand von High Politics geworden. Der im Verlauf des Jahres nach und nach beschlossene und veröffentlichte Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) liegt nun endlich in Buchform vor und steht im Internet zum Download zur Verfügung. Die Zusammenstellung des aktuellen Wissens über den Klimawandel (Band 1), dessen Folgen (Band 2) sowie die möglichen Anpassungs- und Gegenmaßnahmen (Band 3) hat es in sich.

Vor dem Hintergrund eines Weltenergiesystems, das sich nach Ansicht der Szenarientwickler des IPCC wahrscheinlich „fossilintensiv“ entwickeln wird, ist es hin und wieder wichtig, sich die Physik des Klimawandels vor Augen zu führen. Insbe-

sondere die Aussage, dass sich die Verursacher und Effekte des Klimawandels höchst unterschiedlich über den Globus verteilen, ist von erheblicher Brisanz. Auch die Globalität des Klimawandels ergibt sich weniger aus gleich verteilten Ursachen oder ähnlichen Folgen, sondern vor allem aus der globalen Natur der Vermittlungsmechanismen.

Die eigentliche politische Sprengkraft des Berichts aber steckt in Band 3, der mögliche Strategien gegen den Klimawandel beschreibt. Ein kurzes Resümee: Die Potenziale sind vorhanden, die technologische Situation wird weit optimistischer gesehen als in den vorhergehenden Berichten, und auch die Kosten erscheinen im Lichte des technischen Fortschritts als beherrschbar. Maximal 0,12 Prozentpunkte des jährlichen globalen

Wirtschaftswachstums sollten kein zu hoher Preis für die Begrenzung des globalen Klimaproblems sein. Aber wie bei den Verursachern und den Betroffenen liegt auch bei den Vermeidungsstrategien die Brisanz nicht in den globalen Mittelwerten, sondern in den Verteilungseffekten. Hier wird die vom IPCC skizzierte „große Transformation“ noch zu vielfältigen Konflikten führen und tiefgreifende innen- wie außenpolitische Interventionen erfordern.

Mit ähnlichem Grundton wie der IPCC-Report weist der aktuelle Bericht über die menschliche Entwicklung auf die Dringlichkeit des Klimaproblems hin, fokussiert dabei aber die verschiedenen Dimensionen des Problems und seiner Lösungen in einer ungleichen Welt. So wird neben einer illustrativen Darstellung der unterschiedlichen „CO₂-Fußabdrücke“ vor allem die regionale Verletzbarkeit bei Nahrungssicherheit, Wasserversorgung, Anstieg des Meeresspiegels, Gesundheit, biologischer Vielfalt und Wetterereignissen immer wieder eindrücklich herausgestellt. Bei den Klimaschutzstrategien hebt der Bericht an vielen Stellen auf konkrete Politikbeispiele ab und zeigt Vermeidungsstrategien. Vor allem aber beschreibt er sehr anschaulich die Möglichkeiten und Grenzen von Anpassungsstrategien an den unvermeidlichen Teil des Klimawandels. Gerade dieser Teil macht den Weltentwicklungsbericht 2007/2008 zu einer wichtigen Komplementärlektüre zum aktuellen Grundlagenwerk des IPCC.

Wenn man sich im Zeichen der notwendigen Veränderung des Weltenergiesystems mit den anstehenden Verteilungskonflikten beschäftigt,

stößt man schnell auf die aktuellen Debatten um die Energiesicherheit. Auch wenn Energiesicherheit eines der „meist übernutzten und missverständlichen Konzepte der Energiedebatte“ (Dieter Helm) ist, gehört eine Beschäftigung mit den Verteilungskonflikten zwischen Energieproduzenten und -konsumenten zum Pflichtprogramm der Analyse. Dabei krankt die Debatte häufig an einer fehlenden Differenzierung und einem mangelnden Verständnis innerer Strukturen vor allem der Produzentenländer. Wenn man die innenpolitischen Determinanten für die anstehenden energie-, klima-, außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen verstehen will, schließt das Buch „Petrostaaten“ eine wichtige Lücke – auch wenn es sich nur auf die zugegebenermaßen besonders sensiblen Erdölstaaten beschränkt. Auf eine sehr instruktive Einführung aus der Feder der beiden Herausgeber folgen neun Länderstudien aus dem Mittleren Osten, Afrika, Eurasien, Lateinamerika und Norwegen. Schade nur, dass im Abschlusskapitel zu den außenpolitischen Handlungsoptionen die mittel- und langfristigen Herausforderungen, die sich aus einer ambitionierten Klimapolitik – mit einem stark zurückgehenden Ölverbrauch – gerade für die Produzentenländer ergeben, nicht einmal am Rande gestreift werden.

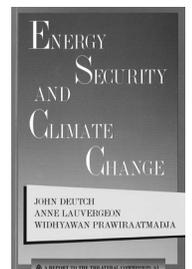
Einen Forderungskatalog, der für derzeitige US-Verhältnisse von hoher Brisanz ist, stellt John Deutch als einer der Autoren des Bandes „Energy Security and Climate Change“ auf: hohe Ölpreise (d.h. Steuern), strikte nationale Klimaschutzpolitik, ein multilaterales Klimaregime, die massive Einführung von CO₂-Abscheidung



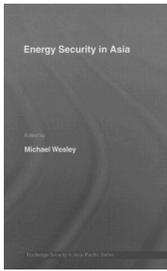
UNDP/DGVN:
Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008.
UNO-Verlag 2007,
460 Seiten, 28,90 €



Enno Harks, Friedemann Müller:
Petrostaaten. Außenpolitik im Zeichen von Öl.
Nomos 2007,
276 Seiten, 34,00 €



J. Deutch, A. Lauvergeon, W. Prawiraatmadja:
Energy Security and Climate Change. The Trilateral Commission 2007, 92 Seiten, 15,00 \$



Michael Wesley (Hg.): *Energy Security in Asia*. London: Routledge 2007, 251 Seiten, 75,00 £

und Ablagerung. Und natürlich – das dann für die Experten wenig überraschend – die Forderung nach einem Ausbau der Kernenergie. Die Probleme bleiben nebensächlich, die vorgeschlagenen Lösungen der Proliferationsproblematik auf hohem Abstraktionsniveau. Die meisten derjenigen Staaten, in denen Kernenergie zukünftig eine besonders große Rolle spielen könnte, zeichnen sich weder durch besonders gute Governance-Indikatoren noch durch Problemlosigkeit in Sachen Proliferation aus.

Während Deutch einen weiten Bogen spannt und auch in Sachen Kernenergie vergleichsweise differenziert argumentiert, kommt Anne Lauvergeon als Chefin des Nuklearkonzerns Areva schnell zur Sache. Ihre zentrale Aussage: Kernenergie ist erprobt, wettbewerbsfähig und sicher. Wirkliche Probleme gibt es nicht, die Schaffung von geschlossenen Brennstoffzyklen mit Wiederaufarbeitung wäre nachhaltig und würde die weltweite Akzeptanz der Kernenergie verbessern, die Proliferationsproblematik

könnte durch vergleichsweise übersichtliche Strukturen gelöst werden. So einfach kann man es sich machen. Zu einfach, um einen tragfähigen Beitrag zur Lösung der komplexen Fragen von Energiesicherheit und Klimaschutz zu leisten. Dünn bleibt dann leider auch der Beitrag von Prawiraatmadja, der nahezu keine Einsichten zu den spezifischen Problemen für die Asien-Pazifik-Region bietet.

Anders der von Michael Wesley herausgegebene, höchst lesenswerte Sammelband zur Energiesicherheit im pazifischen Raum – den Vereinigten Staaten, Japan, China und Indien. Neben der Energiesicherheit aus Sicht der Verbraucherländer thematisiert der Band auch die Verbindungen mit den Versorgerregionen Australien, dem Mittleren Osten, Russland und Zentralasien. Dazu kommen Kapitel zur strategischen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimension von Energiesicherheit. Ein entsprechender Überblick zu Europa wäre durchaus eine Herausforderung für die hiesige wissenschaftliche Publizistik.



Gegengifte zur Verschweizerung

Neue Bücher über Europas Rolle in der Welt

JOACHIM FRITZ-VANNAHME, geb. 1955, leitet den Projektbereich Europa der Bertelsmann Stiftung. Zuvor war er als Europa-Korrespondent für die *ZEIT* in Brüssel.

Joachim Fritz-Vannahme | **Der ehemalige französische Premier Balladur und Exaußenminister Védrine malten kürzlich das Gespenst einer wirtschaftlich leidlich prosperierenden, aber weltpolitisch recht ehrgeizlosen Europäischen Union an die Wand. Droht Europa die Verschweizerung? Vier Neuerscheinungen zu dieser und anderen europäischen Kernfragen.**

Wie könnte ein Gegengift zur Verschweizerung Europas aussehen? Stephan Bierling, Politikwissenschaftler in Regensburg, empfiehlt in seinem temperamentvollen Essay die „Huckepack-Strategie“: Europas Einfluss auf globale Entwicklungen könne „nur durch eine Juniorpartnerschaft mit der Supermacht USA gestärkt werden. Andere Optionen werden Europas Bedeutungsverlust in der Weltpolitik nicht aufhalten können.“

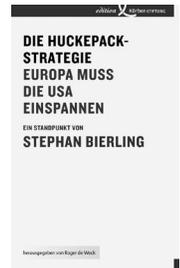
Daran ist nichts falsch, und trotzdem ist das Bild nicht ganz stimmig. Denn Bierling überschätzt die Bedeutung der Vereinigten Staaten: „Trotz ihrer Selbstschwächung durch den Irakkrieg werden die USA ihren besonderen Status als Primus inter Pares in der Welt auch mittel- und langfristig behalten. Zwar können sie ihren Willen nicht immer durchsetzen, aber gegen sie gerichtete Initiativen oder Koalitionen haben kaum Erfolgsaussichten“, schreibt Bierling.

Hinter jenem „Zwar“ verbirgt sich indes mehr als nur der Fehler des Irak-Krieges. Zwei Beispiele: Die Europäische Kommission verhängt Millionenbußen gegen Microsoft oder untersagt Fusionen amerikanischer Firmen. Ein unerhörter Vorgang? Mitnichten, denn die rechtsetzende Macht der europäischen Politik bleibt in Washington weitgehend unwidersprochen. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag arbeitet ohne amerikanischen Segen, findet aber jenseits des Atlantiks in den Medien längst den gebührenden Respekt. Ist das wirklich nur Soft Power – wo doch die Hard Power vor aller Augen und trotz bester Absichten im Irak wie in Afghanistan nicht ans Ziel kommt? Wir leben, wie Bierling an

anderer Stelle beschreibt, in einer Welt voller Herausforderungen, deren Lösung – wie bisher – politischen Willen voraussetzt, vor allem aber – anders als früher – strategisches Verhandeln erfordert. Was nicht unbedingt eine amerikanische Stärke ist, jedenfalls nicht während der Bush-Ära. Machtpolitik muss darum heute anders buchstabiert werden als Bierling dies in klassischer Manier tut.

Doch was hilft das, und verbessert es tatsächlich Europas Selbstbehauptung in einer multipolaren Welt, ja, verbessert es diese Welt? Eine Antwort gibt Erhard Busek, einst österreichischer Vizekanzler und bis vor kurzem Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, in seinem erfahrungsgesättigten Essay „Zu wenig, zu spät“. Es hat seinen Reiz, Bierlings Büchlein und Buseks Essay miteinander zu vergleichen. Das Werk eines professionellen Beobachters der Politik und das Werk eines belesenen Praktikers. „Europa ist als Krisenmanager gefragt, engagiert sich auch, lässt aber jene Entschlossenheit vermissen, die andere Mächte aufgrund ihrer inneren Verfassung (USA) oder ihres Autoritarismus (Russland) bekunden“, schreibt Busek: „Die innere Verfasstheit der Europäischen Union ist mit den neuen Wirklichkeiten nicht mitgewachsen – noch nicht. Selbstverständlich braucht das Zeit! Die Frage ist, ob wir sie haben.“ Und man möchte rufen: Nein, wir haben sie nicht, der Mann hat ja so Recht.

Auch das freilich trifft die Lage nur zum Teil. Denn haben andere ihre Zeit denn besser genutzt, in Tschetschenien, in Tibet, im Nahen Osten? Haben wir es nur mit europäischer Machtschwäche zu tun – oder



Stephan Bierling:
Die Huckepack-Strategie. Europa muss die USA einspannen.
Hamburg: Edition Körber-Stiftung
2007, 110 Seiten,
10,00 €



Erhard Busek:
Zu wenig, zu spät. Europa braucht ein besseres Krisenmanagement.
Hamburg: Edition Körber-Stiftung
2007, 84 Seiten,
10,00 €



Stefan Fröhlich:
Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung.

Wiesbaden:
VS Verlag für
Sozialwissen-
schaften 2008,
305 Seiten, 24,90 €

entziehen sich die Herausforderungen des frühen 21. Jahrhunderts womöglich der klassischen Antwort einer Machtprojektion? Ein „preemptive strike“ ist gegen lose vernetzte, orts- und gesichtslose Terroristen nun einmal nicht zu führen. Selbst das geheimdienstliche Ausspähen und Töten führt nicht zum Ergebnis, wie die Mächtigen vom kolumbianischen Urwald bis zum kaukasischen Bergland erfahren mussten. Der Einwand bedeutet gewiss keine Einladung zu Nichtstun und Resignation. Denn die Europäische Union versteht sich ja, belehrt durch die Schmach der Balkan-Kriege in den neunziger Jahren, zusehends als globaler Akteur, von Haiti über den Kongo und den Libanon bis nach Ost-Timor. Sie sieht sich dabei in bewusster Differenz zur eigenen Kolonialvergangenheit als ehrlicher Krisenmanager in Friedensmissionen, selbst wenn sie Waffen einsetzen muss. Und tut sich dabei unendlich schwer – siehe Afghanistan.

Europa will, kann aber nicht, wie es will: Das ist die eine Erklärung seiner weltpolitischen Schwäche. Die Ursachen kann man wie Bierling und mitunter auch Busek im mangelnden politischen Willen suchen. Oder doch eher wie der Erlanger Politikwissenschaftler Stefan Fröhlich im falschen Maßstab. Mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) hätten die Mitgliedsstaaten, so Fröhlich, einen „pragmatischen Ansatz“ gewählt und „die Existenz divergierender Vorstellungen über die Weiterentwicklung und Finalität einer gemeinsamen europäischen Stimme in Kauf“ genommen. Deshalb könne man „im Falle der europäischen Außenpolitik auch nicht den Maßstab

staatlichen Handelns“ anlegen. Der richtige Maßstab vergibt also an europäische Machtpolitik andere Noten.

Fröhlich argumentiert hier mit dem Mehrebenen-System der Union, was in der politischen Praxis etwas ganz anderes bedeutet als das Tun und Wirken eines Staates, Bundesstaats oder Staatenbunds. Der „Gestaltungsanspruch“ sei (nur) das eine Element der GASP: „Sie ist aber gleichzeitig als Ergänzung zu den traditionellen Bereichen gemeinschaftlicher Außenwirtschafts-, Assoziierungs- und Entwicklungspolitik zu betrachten.“ Konsequenter und durchaus anregend setzt Fröhlich darum an den Anfang seiner Studie nicht klassische, militärische Machtpolitik, sondern den Welthandel, die Entwicklungspolitik, den Euro und die Rolle der EU in internationalen Finanzorganisationen. Daraus wird kein Plädoyer auf mildernde Umstände. Fröhlich sieht sehr wohl, dass „aufgrund der ökonomischen Kräfteverschiebung zugunsten neuer und wieder erstarkter globaler Akteure wie China, Indien, Brasilien oder Russland sowie der demographischen Entwicklung gerade in Europa“ die Führungsrolle des Westens obsolet wird, zumindest in Teilen. Aber er bleibt bei der Klage um verblichene Größe nicht stehen, sondern sucht nach einer „zeitgemäßen Definition von Souveränität im Sinne der Fähigkeit, so effizient wie irgend möglich Ergebnisse mit anderen Akteuren zu erzielen“.

Überspitzt gesagt: Macht bemisst sich heute nicht nach der Kraft zum harten Eingriff, sondern nach der Geduld im Verhandeln und Überzeugen. Eine Übung, die die EU im eigenen Haus tagtäglich absolviert, nicht

immer übermäßig elegant, aber doch mit einer einzigartigen Beharrlichkeit. Das ist souveränes und gemeinsames Handeln. Den Gedanken einer Juniorpartnerschaft allerdings schließt dieses Vorgehen im europäischen Haus ebenso aus wie innerhalb der transatlantischen Partnerschaft. Und die Gefahr der Verschweizerung auch.

Europas künftige Politik verlagere sich auf die „Selbstbehauptung Europas in der Welt“, erklärte unlängst Klaus Hänsch, der frühere Präsident des Europäischen Parlaments. Dazu sollte man wissen, was sich da behaupten soll – und wie. Und was dieses „Selbst“ nun eigentlich meint. Genau bei diesen Fragen setzen die deutschen und französischen Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union an, welche die Herausgeber Martin Koopmann und Stephan Martens unter dem messianisch angehauchten Titel „Das kommende Europa“ präsentieren. Im Detail geht der Band dann ganz bodenständig vom Bestehenden aus, da wird ein wenig zurück- und viel nach vorn geschaut, nach der künftigen Handels- oder Nachbarschaftspolitik der EU ebenso gefragt wie nach der unvollendeten Parlamentarisierung oder den Chancen für einen Neuanfang deutsch-französischer Zusammenarbeit in der Europa-Politik. Das ist der rote Faden der zwei Dutzend Beiträge.

Sabine von Oppeln etwa bekommt in ihrem Aufsatz über „Das Europäische Sozialmodell“ jenen Teil des Ganzen zu fassen, der in den kommenden Jahren über Wohl(-stand) und Weh(-geschrei) in der Union entscheiden wird. Die Sozialpolitik habe sich, so schreibt von Oppeln, „von einem Accessoire der europäischen

Zusammenarbeit zu einem Kernbestandteil“ entwickelt. Und das eher auf pragmatische Weise denn auf programmatischem Wege. Die Autorin beschreibt treffend, wie sehr dieser Fortschritt über die Jahrzehnte hinweg eher tapsend denn tänzelnd stets ein, zwei Bewegungen nach vorn machte, um dann wieder zaudernd auf der Stelle zu treten.

Der Erfolg dieses Modells, so von Oppeln, müsse sich erst noch erweisen. Stimmt, und beschreibt doch nicht die ganze Herausforderung: Denn wenn vom niederländischen und französischen Nein zum Verfassungsvertrag, wenn vom europaweiten Streit um die Dienstleistungsrichtlinie eine Botschaft ausging, dann wohl doch der Ruf, dieses Sozialmodell auszubauen und zu verteidigen. Überspitzt gesagt: Das kommende Europa muss sozial sein, sonst wird es einen schweren Stand haben.

Laurent Bouvet stellt in seinen Überlegungen zum Solidaritätsprinzip in der EU die entscheidende Frage: „Nationale oder europäische Solidarität?“ Solidarität habe die Gemeinschaft, so Bouvet, eher funktionalistisch entwickelt. Er bleibt skeptisch gegenüber der Chance eines europäischen Gemeinnsinns – und schließt auf sehr französische Weise mit einem langen Delors-Zitat, das dessen Unglauben in die Gleichzeitigkeit von Erweiterung und Förderierung der europäischen Nationen dokumentiert.

Aber liegt das Problem tatsächlich im alten Dilemma von Erweitern und Vertiefen? Solidarität und Gemeinnsinn werden den Europäern auch bei internationalen Militäreinsätzen abverlangt. Krisen- und Konfliktprävention verlangt dabei einerseits „einiges



Martin Koopmann und Stephan Martens (Hg.): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union.* Baden-Baden: Nomos 2008, 398 Seiten, 49,00 €

an politischem Willen“, wie Ronja Kempin richtig feststellt. Aber eben auch eine zumindest stillschweigende Billigung durch den Bürger.

Ob im Umgang mit der sozialen Frage oder mit den nächsten Nachbarn, denen es ja in aller Regel wirtschaftlich nicht übermäßig gut geht, stets ist die entstehende, aber eben noch längst nicht entwickelte Solidarität das Schlüsselement auf dem

Weg ins kommende Europa. Ein Wir-Gefühl, das auf alle Fälle komplexer sein wird als das nationale oder regionale Wir-Gefühl, denn europäische Identität muss die nationale einschließen und nicht etwa im Hegelschen Sinne aufheben. Man darf den lesenswerten Sammelband ruhig unter diesem Blickwinkel lesen: Ohne Solidarität wird die Selbstbehauptung Europas schwächeln.

Architekt aus Leidenschaft

Pascal Bruckners Bauplan für eine neue Brücke über den Atlantik



Dr. THOMAS SPECKMANN, geb. 1974, ist Referent in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Thomas Speckmann | „Ich habe Gewissensbisse, wer hat ein Verbrechen für mich?“ – Europas Schuldkomplex lähmt den Kontinent. Er bietet das perfekte Alibi dafür, sich von Amerika und dem Rest der Welt abzuschirmen. Ein Irrweg, meint Pascal Bruckner. Die Demokratien des Westens müssen stark sein, um nicht von den Kräften der Tyrannei besiegt zu werden.

Der Jesuit Louis Bourdaloue, ein Prediger am Hofe Ludwigs XIV., unterschied in der Nachfolge des heiligen Bernhard von Clairvaux vier Arten des Gewissens: das gute ruhige (Paradies), das gute aufgewühlte (Fegefeuer), das schlechte aufgewühlte (die Hölle) und das schlechte friedliche (die Hoffnungslosigkeit). Pascal Bruckner zählt das heutige Europa zur letzten Kategorie. Denn in den Augen des französischen Philosophen dürfte es noch nicht allzu oft geschehen sein, dass die Eliten eines Kontinents mit solch ungeheurer Begeisterung ein kollektives Schuldgefühl entwickeln, ja sogar die Fehler der anderen auf sich nehmen und – Zitat – laut ausrufen: „Ich habe Gewissensbisse, ich habe Gewissensbisse, wer hat ein Verbrechen für mich?“

Dieses Schuldgefühl kommt den Europäern nach Bruckners Analyse gelegen, da es das Alibi für den Rückzug aus der Verantwortung liefert. Das heutige Europa begehrt in seinen Augen keine Eroberungen, es möchte sich vielmehr von der Welt abtrennen und vor allen Stürmen in Sicherheit bringen. Es möchte sich in den Kokon der Reue einschließen und sich nur noch um sein Schlaraffenland der Supermärkte, des Wohllebens und des Hedonismus kümmern. Eine Sichtweise, die freilich, so muss man anfügen, angesichts immer neuer Auslandseinsätze europäischer Soldaten, immer neuer humanitärer Missionen und immer neuer diplomatischer Vermittlungsbemühungen in den Krisenherden dieser Welt nicht allzuviel mit der Realität gemein hat.

Und dennoch: Die Schlussfolgerung, die Bruckner aus seinem europakritischen Pamphlet zieht, ist richtig: Die transatlantischen Bande sind zu erneuern. Denn so wenig die Europäische Union ohne die Vereinigten Staaten auskommt, so wenig kommen diese ohne Europa aus. Trotz des gegenseitigen Argwohns sind Europäer und Amerikaner auf Gedeih und Verderb dazu verurteilt, wieder zusammenzufinden und sich die Lasten zu teilen. Die Demokratien des Westens müssen so stark sein, dass sie nicht von den Kräften der Tyrannei besiegt werden können.

Auch Bruckners Bauplan für eine neue Brücke über den Atlantik ist, wenn schon nicht neu, so doch solide: Wenn Europa auch nur ein wenig globalen Einfluss behalten will, dann muss es neben seinem großen amerikanischen Nachbarn ein zweites Staatesgebilde aufbauen, das eine neue politische Form aufweist und auf dem freiwilligen Verzicht eines Teiles der nationalen Souveränität beruht. Allen Predigern eines westlichen Schismas, die die Scheidung einreichen wollen

und im Atlantik ein metaphysisches Gewässer sehen, das zwei unvereinbare Philosophien trennt, hält Bruckner entgegen, dass diese Rivalität in einen Wettstreit zwischen zwei Blöcken umgewandelt werden muss, die viel voneinander lernen können, was Wagemut und Vorsicht angeht. Denn nach Bruckners transatlantischem Programm gilt es, amerikanisches Ungestüm durch europäische Bedachtsamkeit und europäische Vernunft durch amerikanische Dynamik zu ergänzen.

Ihm geht es nicht darum, zwischen der Alten und der Neuen Welt zu wählen, da gerade die dialektische Kollision zu Leidenschaft und fruchtbaren Kontrasten führt. Ihm geht es um eine Annäherung der beiden zerstrittenen Hälften des Westens. Denn sie sind und bleiben auf absehbare Zeit zusammen mit Indien und Japan die Garanten der pluralistischen Regierungsformen. Mit mehr Leidenschaft als bei Bruckner ist das selten gefordert worden. Eine Leidenschaft, die geradezu amerikanische Züge trägt, zumindest nach dem Maßstab ihres europäischen Analytikers.



Pascal Bruckner:
Der Schuld-komplex. Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte für Europa.
München: Pantheon
2008, 256 Seiten,
12,95 €

Wie Amerika tickt

Ein Handbuch für Amerika-Versteher und solche, die es wieder werden wollen

Jan Techau | **Der Streit war gehässig, fast unversöhnlich. Doch die Braut bleibt anziehend, auch wenn es ein paar Mal fast aus gewesen wäre. Nicht viel anders die transatlantische Lage 2008. Im Vorwahlstreit zwischen McCain, Clinton und Obama entdeckt Europa das attraktive Amerika wieder, nach dem es sich sehnt. Ein neues Buch liefert die Informationen dazu.**



JAN TECHAU,
geb. 1972, leitet
das Alfred von
Oppenheim-
Zentrum für
Europäische
Zukunftsfragen
in der DGAP.



Werner Peters:
Rätsel Amerika.
 Bouvier 2007, 289
 Seiten, 19,90 €

Bei allem Willen zur neuen transatlantischen Liebe bleibt die Angst vor der erneuten Enttäuschung. Gegen diese Angst hat der Kölner Altphilologe, Lokalpolitiker, Hotelbetreiber und Amerika-Versteher Werner Peters ein exzellentes kleines Buch verfasst, in dem er gedankenreich und mit viel Hintergrundwissen erklärt, wie Amerika tickt und warum.

Sein pädagogischer Ansatz wird schon im ersten Satz deutlich: „Das Gefährliche an unserem Unverständnis von Amerika ist die Tatsache, dass wir davon überzeugt sind es zu kennen.“ Ziel ist es also, nicht nur sein Studienobjekt zu verstehen, sondern eine aus vielerlei Gründen fehlgeleitete Wahrnehmung zu korrigieren. Daraus hätte leicht ein Desaster werden können. Denn an krude zusammengesetzten Werken von Hobby-Autoren, die ihrem Nabelschauweltbild durch ein mit ISBN-Nummer versehenes Druckwerk Gravitas verleihen wollen, ist kein Mangel. Nicht so „Rätsel Amerika“. Hier hat sich ein umfangreich geschulter, mit klarem wissenschaftlichen Blick und guter Schrei-

be ausgestatteter Autor sehr ernsthaft und engagiert mit einem Thema auseinandergesetzt, das ihm offensichtlich am Herzen liegt.

In 81 (!) gekonnt gerafften Kapiteln nähert sich Peters den Fundamentalkriterien Amerikas. Religion, „manifest destiny“, Pragmatismus, die limitierte Rolle des Staates, der latente Isolationismus, die Pioniermentalität und die Missionskraft der amerikanischen (Pop-)Kultur – dies alles und noch reichlich mehr wird zu einem bruchlosen Erklärstück gefügt. Klar ist die Absicht des Autors, das eigentliche, vielschichtige Amerika von der Wahrnehmung durch die Bush-Brille zu befreien. Eine besondere Begeisterung für die amerikanische Grassroots-Demokratie und ihren kommunitaristischen Bürgersinn kann – und will – der Autor, selbst Begründer der „Kölner Kommunitaristen“, nicht verbergen. Nichts davon ist eigentlich neu, und wissenschaftliche Schwergewichtigkeit wird nie behauptet. Aber in diesem amerikagesättigten Jahr wird man nicht viele lesbare Bände mit so hohem Erkenntniswert finden.



Prof. Dr. HANNS W. MAULL, geb. 1947, ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Trier.

Von illegal zu ganz normal

Wie Joschka Fischer und die anderen 68er die Bundesrepublik zu einer gereiften westlichen Demokratie machten

Hanns W. Maull | **Nur wer sich ändert, bleibt sich treu: Eine neue Biografie zeichnet den Weg Joschka Fischers vom Straßenkämpfer zum Außenminister als typischem Repräsentanten seiner Generation und der jüngeren deutschen Nachkriegsgeschichte nach.**

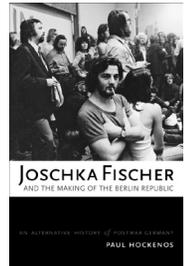
Dieses gut recherchierte und glänzend erzählte Buch segelt ein wenig unter falscher Flagge: Nicht sein Titel, sondern der Untertitel verrät, worum es dem Autor wirklich geht – nämlich um die Entstehungsgeschichte „seines“ Nachkriegs-Deutschlands. Hockenos, der als amerikanischer Staatsbürger in Berlin lebt und dort auch die Global Edition der *IP* betreut, zeigt am Beispiel eines ihrer wichtigsten politischen Repräsentanten, wie die Generation der 68er die alte Bundesrepublik erst zu dem machte, was Deutschland heute ist: eine gereifte, im besten Sinne „normale“ westliche Demokratie.

Dazu mussten sich die 68er freilich selbst tiefgreifend verändern. Den Gärungsprozessen der Bundesrepublik von der *Spiegel*-Krise 1962 bis zum Amtsantritt der sozialliberalen Koalition 1969 stellt Hockenos die Rebellion des blitzgescheiterten Gymnasiasten Fischer und seine Flucht in die Hippie-Szene an die Seite; der Bewährungsprobe der zweiten deutschen Demokratie in den bleiernen Jahren des Terrors die Metamorphose Fischers vom Hausbesetzer und Straßenkämpfer zum Gewaltgegner und Realo; der Verwandlung der Bundes-

republik zum vereinten Deutschland schließlich die steile politische Karriere Fischers bei den Grünen und deren Absturz im Gefolge der Flügelkämpfe zwischen Fundis und Realos.

Fischer schafft 1994 mit den Grünen die Rückkehr in den Bundestag und erfüllt sich 1998, mit dem Wahlsieg und der Bildung einer rot-grünen Regierungskoalition mit dem Vizekanzler und Außenminister Joschka Fischer, jenen Traum von einer „neuen Mehrheit links von der CDU“, den ihm einst Willy Brandt in den Kopf gesetzt hatte.

Über den Außenminister Joschka Fischer erfährt man in diesem Buch allerdings wenig: Hier zeichnet Hockenos vor allem Fischers Rolle bei der zweifachen Neujustierung der deutschen Außenpolitik seit 1998 nach, dem „Ja“ zu den Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan und dem „Nein“ zu den USA im Irak-Krieg. Fischers Verdienste um die Vertiefung der europäischen Integration hält der Autor demgegenüber für gering. Das erscheint ein wenig unfair: Immerhin gab die berühmte Humboldt-Rede des „Privatmanns“ Joschka Fischer 2000 letztlich ja den Anstoß zum EU-Verfassungsvertrag.



Paul Hockenos:
Joschka Fischer and the Making of the Berlin Republic. An Alternative History of Postwar Germany.
 Oxford: Oxford University Press
 2008, 400 Seiten, 28,99 €